

Dr. Brigitte Bierlein  
Bundeskanzlerin

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BKA-353.110/0052-IIM/2019

Wien, am 16. Juli 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Plessl, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Mai 2019 unter der Nr. **3592/J** an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Justizskandal – Einstellungsversuch der Eurofighter-Verfahren“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3:**

- *Ist Ihnen der oben angeführte Sachverhalt, dass einzelne oder alle Verfahren zur Causa Eurofighter seitens der erst kürzlich mit den Ermittlungen neu befassten Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft eingestellt werden sollen, bekannt?*
  - a. Wenn JA, seit wann?*
  - b. Wann und von wem wurden Sie zu obigem Sachverhalt informiert?*
  - c. Wurden Sie vom Justizminister persönlich darüber informiert?*
  - d. Welche Maßnahmen und Schritte haben Sie im Anschluss an diese Information durch den zuständigen Ressortminister gesetzt?*
  - e. Haben Sie umgehend die Bundesregierung über diesen Sachverhalt informiert? Wenn NEIN, warum nicht?*
  - f. Haben Sie den Bundespräsidenten umgehend über diesen Sachverhalt informiert? Wenn Nein, warum nicht?*

- g. Haben Sie den Präsidenten des Nationalrats und Vorsitzenden des Eurofighter-U-Ausschusses umgehend über diesen Sachverhalt informiert? Wenn NEIN, warum nicht?
- Haben Sie einen Auftrag zur Einstellung der Verfahren in der Causa Eurofighter gegeben?
    - a. Falls JA, wann haben Sie diesen erteilt?
    - b. Falls JA, war der Vizekanzler in die Vorbereitung dieser Entscheidung miteingebunden?
    - c. Falls JA, waren die für die Koordinierung zuständigen Minister in die Vorbereitung dieser Entscheidung miteingebunden?
    - d. Falls JA, war der Justizminister in die Vorbereitung dieser Entscheidung miteingebunden?
    - e. Falls JA, waren die Klubobmänner im Parlament sowie die zuständigen Bereichssprecher-Innen in die Vorbereitung dieser Entscheidung miteingebunden?
    - f. Falls JA, haben Sie diesen Auftrag an Justizminister Dr. MOSER erteilt?
    - g. Falls JA, haben Sie diesen Auftrag an den amtierenden Generalsekretär im Justizministerium Mag. PILNACEK erteilt?
    - h. Wenn NEIN, wieso traf dann der Generalsekretär im Justizministerium diese Entscheidung?
  - Welche Gründe lagen dem politischen Auftrag zur Einstellung der Verfahren rund um die Causa Eurofighter zugrunde:
    - a. Soll damit eine inzwischen erfolgte politische Einigung zwischen ÖVP und FPÖ zur Nachbeschaffung von weiteren sündteuren Eurofighter endlich umgesetzt werden?
    - b. Soll damit die Möglichkeit zur Nachbeschaffung von weiteren sündteuren Eurofighter durch Entscheidung des Ministerrats endlich ermöglicht werden?
    - c. Soll damit eine Nachbeschaffung, unter besonderer Berücksichtigung der bestehenden freundschaftlichen Verbindungen zwischen ÖVP und dem AIRBUS-Konzern, ermöglicht werden?
    - d. Soll damit das Ausmustern des im Betrieb unverhältnismäßig teure Eurofighter-System verhindert werden?
    - e. Soll damit weiters die bisherige, mühsame Aufklärungsarbeit des dritten parlamentarischen Eurofighter-U-Ausschusses, der von ÖVP und FPÖ mitbeschlossen wurde, noch vor dessen offiziellen Abschluss desavouiert werden?

Da mir keine Informationen darüber vorliegen, ob meinem Amtsvorgänger der in der vorliegenden parlamentarischen Anfrage dargestellte Sachverhalt zur Kenntnis gelangt ist, ist es mir leider nicht möglich, diese Fragen zu beantworten.

**Zu Frage 4:**

- Übernehmen Sie die politische Verantwortung für die vom Generalsekretär des BMVDJ gewählte intransparente, schlampige und unsaubere Vorgehensweise zur Einstellung der EF-Verfahren, die heute überraschend bekannt gewordenen ist?
  - a. Wenn JA, welche Maßnahmen planen Sie zu ergreifen?

- b. Wenn NEIN, warum nicht?*
- c. Wenn NEIN, sehen Sie sich in der Funktion als Bundeskanzler nicht auch in der Verantwortung, das Vertrauen der Bevölkerung in den Österreichischen Rechtsstaat wiederherzustellen?*
- d. Wenn NEIN, warum nicht?*

Nein.

**Zu Frage 5:**

- *Planen Sie den laufenden Untersuchungsausschuss über das Kampfflugzeugsystem "Eurofighter Typhoon" (1/US) in der XXVI.GP über diese wirklich höchst bedenklichen und in der zweiten Republik beispiellosen Vorgänge im Justizressort zu informieren?*
  - a. Wenn JA, wann und in welcher Form soll diese Information erfolgen?*
  - b. Werden Sie diese Information vornehmen oder planen Sie den Justizminister damit zu beauftragen, diese Information des Parlaments vorzunehmen?*
  - c. Falls KEINE Information durch Sie oder den zuständigen Ressortminister notwendig ist, gestatten Sie die Frage, warum nicht?*

Ich gehe davon aus, dass die Mitglieder des laufenden Untersuchungsausschusses über das Kampfflugzeugsystem „Eurofighter Typhoon“ (1/US) über sämtliche relevanten Informationen in dieser Angelegenheit verfügen.

Dr. Brigitte Bierlein

